

# marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Ausgabe 3/2026 Deutsche Kommunistische Partei

## „Zuerst unsere Jobs, dann eure Profite“ Gewaltiger Stellenabbau in Stadt und Kreis geht unvermindert weiter

Das diesjährige Motto des DGB zum 1. Mai ist gut gewählt. Allein im vergangenen Jahr wurden 124.000 industrielle Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet. Dies geht aus jüngst veröffentlichten Zahlen der Beratungsgesellschaft EY hervor. Damit fiel der Stellenabbau fast doppelt so hoch aus wie noch 2024. Auch 2026 dürfte sich dieser Trend aufgrund schwacher Aufträge und des hohen Wettbewerbsdrucks fortsetzen, so die düstere Prognose der EY-Analysten.

Eine Entwicklung, die auch vor Mittelhessen nicht haltmacht. So sollen nach den jüngsten Plänen der Konzernleitung von CSL Behring im Produktionsbereich des Pharmakonzerns 400 tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze am Standort Marburg abgebaut werden. Bereits im vergangenen Sommer hatte die Vorstandsetage bekannt gegeben, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Marburg schrittweise einzustellen. In der Konsequenz werden mit derzeit rund 3.000 Beschäftigten größten Forschungs- und Produktionsstandort der CSL-Gruppe weltweit weitere 500 hoch qualifizierte Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren oder ha-

ben ihn bereits verloren. Damit nicht genug. Das kanadische Pharmaunternehmen



Nexelis wird seinen Standort in der mittelhessischen Universitätsstadt vollständig schließen. 75 Kolleginnen und Kollegen werden ihre Jobs verlieren. Gleichzeitig werden bei BioNTech 315 Stellen am Standort Marburg abgebaut. Auch in der Eisengießerei Fritz Winter im benachbarten Stadtallendorf steht Arbeitsplatzvernichtung auf der Agenda der Bosse. Geht es nach ihnen werden 320 Stellen abgebaut. Außerdem plant die Konzernleitung die Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für drei Jahre auszusetzen und die Beschäftigten sollen im nächsten und übernächsten Jahr auf Gehaltserhöhungen verzichten. Gleichzeitig soll die

Wochenarbeitszeit von aktuell 35 auf 39,5 Stunden ohne Lohnausgleich erhöht werden.

Bei Bryden in Lollar ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Hier wurde die Eisengießerei mit zuletzt 230 Beschäftigten nach der Übernahme durch den Finanzinvestor Aequita ganz geschlossen. Das Stahlwerk in Wetzlar wurde ebenfalls Ende des vergangenen Jahres dicht gemacht und 450 Stahlkocher verloren ihren Job.

Immer wieder das gleiche perfide Muster: Eine börsennotierte Private-Equity-Gesellschaft kauft ein mittelständisches Unternehmen oder Konzernausgliederung auf, um sie anschließend zu filetieren. Betriebsteile, die nicht genug Rendite für die Aktionäre abwerfen, werden geschlossen. Was übrig bleibt,

wird von den „Heuschrecken“ ausgesaugt und anschließend mit Gewinn weiterverkauft. In Kombination mit Krise und Transformation unter kapitalistischen Vorzeichen eine toxische Mischung, bei der immer mehr Lohnabhängige auf der Strecke bleiben.

An der Börse hingegen knallen die Sektkorken. Schon im vergangenen Jahr hatte der Aktienindex DAX trotz Krise, Arbeitsplatzabbau und US-Zollpolitik einen Anstieg von 23 Prozent und damit das beste Jahr seit 2019 verzeichnet. Und auch 2026 scheint es nur eine Richtung zu geben: nach oben. Frank Sohleder, Analyst beim Broker „Activ Trades“, kommentierte dies auf tagesschau.de wie folgt: „Die Anleger scheinen fest entschlossen zu sein, die fundamentale Neuausrichtung der deutschen Wirtschaft, getragen von den Reformhoffnungen unter der Regierung Merz, in die Kurse einzupreisen.“ Mit anderen Worten: In Erwartung entsprechend hoher Dividendenausschüttungen nimmt man Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und selbst die Deindustrialisierung eines ganzen Landes billigend in Kauf.

Ulf Immelt

Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.

Bertolt Brecht

### Im Übrigen...

... hätte ich nicht damit gerechnet, den Papst verteidigen zu müssen. Papst Leo fordert in der Osterbotschaft das Schweigen der Waffen und das Ende aller Kriege. Das tun Päpste - zum Glück. Als sich der Papst aber konkret zu dem Krieg gegen Iran äußert, den Israel und die USA vom Zaun gebrochen haben, erinnert ihn die US-Administration an "Avignon". Was sollte das bedeuten? Das Avignonische Papsttum wurde im Jahr 1302 aufgelöst, als der Papst vom französischen König entführt wurde und kurz darauf starb. In der Folge wurde der Papstszitz nach Avignon verlegt mit einer Abfolge von Päpsten und Gegenpäpsten. Es handelt sich also um eine doppelte Drohung durch die USA-Regierung: Entführung des Papstes und/oder Schisma, also Aufspaltung der Kirche mit "Gegenpapst". Diese Drohung verstärkt Donald Trump noch dadurch, dass er ein KI-generiertes Bild veröffentlicht, das ihn als Jesus zeigt, als Heiler und Heiland. Papst Leo kann dies alles nur als Drohung aufgefasst haben. Hätte er sonst betonen müssen, dass er vor der USA-Regierung keine Angst hat? Verteidigen wir also den Papst. Auch wir fordern ein Ende aller Kriege. Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung. Wir wollen ein Mitteleuropa ohne Atomwaffen und ohne USA-Militärstützpunkte. Vor allem: Schließung der Ramstein-Airbase, die als Relais-Station für die Mordmaschine des weltweit agierenden USA-Militärs dient.

Wenn Katholiken angegriffen werden, weil sie gegen Kriege und Aufrüstung sind, stehen wir hinter ihnen. Pax vobiscum et nobiscum. Der Friede sei mit euch und mit uns.

Christian Mark

## Steigende Teilnehmerzahl bei den Ostermärschen

### 300 Friedensfreunde beim Osterspaziergang in Marburg

Mehrere Tausend Menschen beteiligten sich bei bundesweit über 120 Aktionen am diesjährigen Ostermarsch. Die Beteiligung konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Die Ostermar-



schinitiativen reagierten auf die vielfältigen Krisen und aktuellen Kriege. Mit vorausgegangenen und nachfolgenden Aktionen, vor allem gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht, gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen und besonders der internationalen

Solidarität gegen die israelischen und US-amerikanischen Aggressionen, wie die Öl-Blockade gegen Kuba und die Kriege in Westasien. Die Friedensbewegung forderte angesichts global eskalierender Kriege und innenpolitisch voranschreitender Militarisation eine Umkehr der Politik. Die bundesweiten Ostermärsche waren in diesem Jahr nicht nur ein thematischer Sammelpunkt, sondern Auftakt für weitere Aktionen. Auch international war die Friedensbewegung in der Schweiz, in Frankreich, Österreich und Luxemburg mit eigenständigen Veranstaltungen an den Ostermärschen beteiligt.

Durch neue Friedensinitiativen vor allem in kleineren Städten konnte die Beteiligung bei den Ostermarsch-Aktionen mit Mahnwachen, Friedensgottesdiensten und Kundgebungen erhöht werden, auch wenn angesichts der kritischen weltweiten Lage eine höhere Beteiligung wünschenswert wäre.

Bei den Kundgebungen traten neben Aktiven der Friedensinitiativen und -organisationen, Vertreter\*innen von Gewerkschaften und Kirchen, aber auch der Linken und der SPD als Redner\*innen auf. Häufige Stichworte bei den Redebeiträgen waren die innenpolitischen Konsequenzen der von der Bundesregierung voran getriebenen Aufrüstung vor dem Hintergrund des damit einher gehenden Sozialabbaus sowie die direkte und indirekte Unterstützung der Kriege in der Ukraine und in Westasien. Dies führe zu einer Mitverantwortung und Mitschuld Deutschlands an Kriegsverbrechen und Kriegsverbrechen. Es wurden diplomatische Initiativen der Bundesregierung gefordert. Nicht nur bei den Redebeiträgen, sondern auch bei Transparenten, Fahnen und Schildern mit eigenen Forderungen zeigte sich die Friedensbewegung lebendiger denn je. Auch in diesem Jahr zeigte sich, Ostermärsche stehen für eine lang-

jährige politische Kultur und eine damit verbundene politischen Bandbreite. Trotz des „klassischen“ Charakters der Ostermarschbewegung zeigte sich bei den Aktionen der Verjüngungsprozess durch die jugendliche Betroffenheit im Kampf gegen die drohende Wehrpflicht und fragwürdiger Zukunftsperspektiven angesichts bedrohlicher innen- und außenpolitischer Entwicklungen.

„Der Ostermarsch war in diesem Jahr ein gelungener Auftakt für vielfältigen Widerstand, gegen Aufrüstung und Krieg, gegen neue Mittelstreckenwaffen am 30. Mai in Wiesbaden und Grafenwöhr, gegen Militärstandorte, wie die US-Basis in Ramstein am 27. Juni, sowie gegen die Wehrpflicht am 08. Mai.“ so der Sprecher der Infostelle Ostermarsch im Frankfurter Gewerkschaftshaus, Willi van Ooyen.

Die Informationsstelle [zum Ostermarsch] hat ihren Sitz im Frankfurter Gewerkschaftshaus.





Aus der Pressemitteilung vom 21. April

Die Fraktion Marburger Linke hat in ihrer konstituierenden Fraktionssitzung am 20. April ihre Fraktionsspitze gewählt. Neue Vorsitzende ist Tanja Bauder-Wöhr, zum Stellvertreter wurde Dr. Michael Weber gewählt. Anja Kerstin Meier-Lercher vertritt die Fraktion weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss und neuerdings auch im Kreistag.

Außerdem begrüßt die Fraktion in ihren Reihen Frau Helga Katharina Berndt, die über die Liste Wahlbündnis Move35 erstmalig in die Marburger Stadtverordnetenversammlung eingezogen ist, wir sind sehr gespannt und freuen uns über die Zusammenarbeit.

Die Fraktion Marburger Linke freut sich ihre erfolgreiche Arbeit der Vergangenheit konsequent fortzusetzen. „Unser Schwerpunkt der Arbeit liegt weiter auf den Bereichen Soziales, Bauen & Wohnen, Verkehr und ökologische Transformation,“ sagt die Vorsitzende Tanja Bauder-Wöhr. Leider spitzt sich die gegenwärtige Situation und die künftig zu erwartenden Entwicklungen, Stichworte Energiepreisexplosion, steigende Lebenshaltungskosten, immer drastischer zu, deshalb ist eine starke linke Opposition dringend nötig, um den Bedürfnissen einer stark steigenden Anzahl von Menschen öffentlich Gehör zu verschaffen. Wir brauchen eine wahrnehmbare Gegenwehr gegen die Einschnitte des täglichen Lebens in und außerhalb der Parlamente.

„Wir fordern die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf Grundlage des Grundgesetzes und damit die rückwirkende Erstattung ausgebliebener Finanzmittel durch Land und Bund zur Finanzierung der übertragenen Zusatzaufgaben der letzten >10 Jahre sowie mehr Transparenz der politischen Arbeit. Eine gute Möglichkeit sehen wir hier in der Einrichtung eines Livestreams aus der Stadtverordnetenversammlung, der eine einfache Teilhabe aller eröffnet und in einigen hessischen Städten längst etabliert ist“, sagt Michael Weber, „außerdem wird es höchste Zeit endlich durch die konsequente Umstellung der Stadtverwaltungs-IT auf Open-Source-Software erhebliche Einsparungen, durch den Wegfall völlig überbeurterter Lizenzkosten zu generieren“.

Wir stehen klar für ein Marburg für alle, wir wollen steigende Armut begegnen, deshalb halten wir unserer Forderung nach einem Sozialfond aufrecht. Wir wollen eine gute städtische Infrastruktur, gute Kitas und Schulen, endlich die trennende Stadtautobahn aus Marburgs Stadtbild verbannen und stattdessen bezahlbaren Wohnraum und Rückgewinnung innerstädtischer Aufenthaltsqualität am Fluss.

Und last but not least: Jeder Euro in der heutigen Zeit, der in Klimaförderungsprogramme gesetzt wird, wäre nicht nur ein richtiges Zeichen, sondern auch dringend notwendig. Das ist unser aller Zukunft und die gilt es gemeinsam zu bewältigen, und zwar tatsächlich sozial, ökologisch und modern!

Kein Geld in die Rüstung, sondern für die Menschen in Marburg!

Die Sozialsprechstunde „links hilft“

Wann: Jeden Dienstag von 14:00 bis 18:00 Uhr

Wo: Büro DIE LINKE, Marburg, Elisabethstraße 9 Zugang zwischen Drogeriemarkt Rossmann und Kirchenkiosk. Parkplätze gibt es über einen Aufzug auf dem Parkdeck. Die Bushaltestellen Elisabethstraße und Bahnhofstraße sind ca. 200m vom Büro entfernt.

## Gegen Wehrpflicht und Zwangsdienste – Schulstreiks auch in Marburg

Am 5. Dezember 2025 wurde mit dem sogenannten Wehrdienstmodernisierungsgesetz ein konkreter Schritt in Richtung Wiedereinführung der Wehrpflicht beschlossen. Gleichzeitig gingen in über 90 Städten mehr als 55.000 Schüler\*innen auf die Straße. Damit wurde deutlich: Die Ablehnung der Wehrpflicht existiert nicht nur in Umfragen – viele Jugendliche sind bereit, aktiv dagegen zu kämpfen.

Viele der Streikenden machten klar, warum sie protestieren: Sie wollen nicht gezwungen werden, für militärische Zwecke ausgebildet zu werden. Sie wollen weder lernen zu töten noch im Krieg sterben. Der Protest richtete sich damit nicht nur gegen das konkrete Gesetz, sondern gegen eine politische Entwicklung hin zu mehr Aufrüstung und Militarisierung.



Bereits einen Tag vor dem 5. Dezember versuchten Bildungs- und Kultusministerien, die Proteste zu unterbinden. In Schreiben an Schulen wurde mit unentschuldigtem Fehlen, schlechten Noten, Verweisen und teilweise sogar Bußgeldern gedroht. Auch viele Schulleitungen setzten die Schüler\*innen unter Druck. Dennoch ließen sich viele nicht einschüchtern und entschieden sich bewusst dafür, zu streiken.

Gleichzeitig erfuhren die Streikenden auch Unterstützung. An vielen Orten – auch in Marburg – solidarisierten sich Eltern, Lehrerinnen und Gewerkschaften wie die GEW mit den Schüler\*innen und stärkten ihnen den Rücken.

Der Protest wurde von lokalen Initiativen, Streikkomitees und Schüler\*innenvertretungen getragen. In vielen Städten organisierten Jugendliche eigenständig Demonstrationen, gestalteten Plakate, hielten Reden und mobilisierten ihre Mitschülerinnen. Diese Selbstorganisation zeigt, wie ernst die Situation von vielen eingeschätzt wird.

Der Widerstand hielt auch über den 5. Dezember hinaus an. Beim zweiten bundesweiten Schulstreik am 5. März 2026 beteiligten sich erneut über 50.000 Schülerinnen in rund 150 Städten. Auch in Marburg gingen bei beiden Streiktagen etwa 200 Schüler\*innen auf die Straße, um gegen Wehrpflicht und Zwangsdienste zu protestieren.

Schon jetzt ist klar: Die Bewegung wird weitergehen. Viele Jugendliche wollen sich auch in Zukunft gegen jeden weiteren Schritt zur Einführung der Wehrpflicht stellen. Ihr Ziel bleibt eine Gesellschaft, in der sie selbst über ihr Leben entscheiden können – ohne Zwang, ohne Krieg und mit echten Zukunftsperspektiven.

Am 08.05. gehen wir erneut auf die Straße.

Wir als SDAJ unterstützen die bundesweite Bewegung „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ und sind ein aktiver Teil von ihr. Wir sagen:

- \* Wir wollen selbst über unsere Zukunft bestimmen!
- \* Die Wehrpflicht ist Teil der Kriegsvorbereitungen Deutschlands für einen Krieg, der sich vor allem gegen Russland und China richten soll. Wir wollen nicht zum Töten unserer Klassengeschwister ausgebildet werden und wollen nicht selbst an der Front sterben!
- \* In diesem Krieg geht es nicht um unsere Interessen. Es geht um die Interessen der Herrschenden in Deutschland, der Banken und Konzerne und ihrer Regierung. Es geht um den nächsten Anlauf zur Großmacht. Während sie und ihre Kinder sich keine Sorgen machen müssen, sind wir es, die für ihre Interessen im Schützengraben sterben sollen. Das machen wir nicht mit!
- \* Die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung bezahlen wir schon jetzt mit kaputten Schulen, fehlenden und teuren Freizeitangeboten und einem immer schlechter werdenden Gesundheitssystem. Wir wollen Geld für Bildung, Soziales, Gesundheit und Umweltschutz anstatt für Aufrüstung!
- \* Um Proteste dagegen klein zu halten, werden demokratische Rechte abgebaut. Um die Wurzel all dessen zu beseitigen, müssen wir den Kapitalismus überwinden und den Sozialismus erkämpfen – ein System, in dem die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung die Maxime ist und nicht der Profit von Wenigen!

Um Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung zu verhindern und den Kapitalismus zu überwinden, müssen wir selbst aktiv werden. Nur wenn wir alle gemeinsam gegen die Wehrpflicht eintreten können wir erfolgreich gegen die Kriegsvorbereitung kämpfen. Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft!



Helga Berndt, Michael Weber, Tanja Bauder-Wöhr, Anja Meier-Lercher



## Mehr arbeiten, weniger leben

Die Lebenserwartung in Deutschland ist dank des medizinischen Fortschritts im Laufe der letzten Jahrzehnte gestiegen. Das ist eigentlich eine gute Nachricht – aus der Sicht neoliberaler Ökonomen jedoch eine Katastrophe. Denn statt nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben „sozialverträglich abzuleben“, belasten immer mehr Versicherte das Rentensystem unnötig lange. Dem muss gegengesteuert werden. Anders lassen sich die jüngsten Äußerungen aus Wirtschaft und Politik nicht interpretieren.

„Wir werden alle länger arbeiten müssen, auch weil wir bei besserer Gesundheit immer älter werden“, so die Botschaft von Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes BDA, an die Regierung Merz. Der Kanzler ließ sich das nicht zweimal sagen und erklärte auf der Euro Finance Week in Frankfurt, dass sich die Deutschen auf längere Lebensarbeitszeiten einstellen müssten. Er fügte hinzu, man müsse das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Ruhestand neu austarieren. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hatte bereits im September 2025 mit Blick auf ein Papier ihres Beraterkreises ausgeführt: „Wir müssen angesichts einer höheren Lebenserwartung länger arbeiten.“

Dabei ist die Realität längst eine andere. Tatsächlich ist die Regelaltersgrenze zwischen 2012 und 2030 ungefähr doppelt so schnell gestiegen wie die Lebenserwartung. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor. Zuletzt hatten 65-Jährige Aussicht auf weitere 19,4 Lebensjahre. Dieser Mittelwert der Jahre 2022 bis 2024 lag nach einigen Schwankungen auf demselben Niveau wie zehn Jahre zuvor. Die gesetzliche Altersgrenze für eine abschlagsfreie Rente wurde hingegen seit 2012 schrittweise um mehr als ein Jahr angehoben. Auch der tatsächliche Rentenbeginn verschob sich – nach Daten der Bundesregierung – binnen zehn Jahren im Schnitt um gut 1,3 Jahre nach hinten.

Es ist der Wissenschaft schon länger bekannt, dass niedrige Einkommen und ein niedriger Bildungsstand sowie schlechte Arbeitsbedingungen und eine schlechte Wohnsituation die Gesundheit und damit auch die Lebenserwartung erheblich beeinflussen. Daher ist zu erwarten, dass eine weitere Erhöhung des Rentenalters, wie von Kapitalverbänden gefordert und von der Regierung geplant, die Schieflage weiter verschärfen wird.

Dies wird durch eine aktuelle Studie des EPoS Research Centers an der Universität Mannheim und der Universität Barcelona untermauert. Bereits ein um ein Jahr verschobener Renteneintritt erhöht das Sterberisiko im Alter zwischen 60 und 69 Jahren um 4,2 Prozentpunkte. Betroffen sind vor allem Beschäftigte in Berufen mit hoher körperlicher Belastung, vielen Arbeitsunfällen oder starkem psychischen und sozialen Stress, so die Studie.

Begleitende Untersuchungen zeigen, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters auch zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustands bei den Betroffenen führt. Das betrifft sowohl psychische Erkrankungen wie Stimmungsstörungen als auch körperliche Leiden wie Übergewicht, Arthrose und Rückenprobleme. Zusammengefasst: Jede weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat einen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand und damit auch auf die Mortalitätsraten der Betroffenen. Ob diese Erkenntnis zu einem Umdenken im neoliberalen Lager führt, darf bezweifelt werden. Dort zählen nur Profitraten.

Ulf Immelt



Neue Ausgabe

UZ unsere zeit



Impressum

Homepage: marburg.dkp.de  
Facebook: facebook.com/dkp.marburg  
Instagram: instagram.com/dkpmarburg  
Youtube: https://www.youtube.com/@DKP-Marburg